



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

49. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 29. November 1995	Nummer 71
---------------------	---	------------------

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
12	3. 11. 1995	Verordnung zur Bestimmung der lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen	1148
2125	13. 11. 1995	Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelchemiker (APOL) und zur Aufhebung der Verordnung über die Zuständigkeit für die Durchführung des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“	1148
7822	7. 11. 1995	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut im Lande Nordrhein-Westfalen	1151
	2. 11. 1995	Bekanntmachung der Genehmigung der Änderungen des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold a) 2. Änderung des Teilabschnittes Oberbereich Paderborn, b) 6. Änderung des Teilabschnittes Lippe, c) 7. Änderung des Teilabschnittes Bielefeld/Gütersloh – Darstellung des Truppenübungsplatzes Senne als Bereich für den Schutz der Natur –	1151
	6. 11. 1995	Bekanntmachung der Genehmigung der 23. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg (Konversion des Militärflughafens Wegberg-Wildenrath mit Streichung der Lärmschutzgebiete)	1152
	10. 11. 1995	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen im ersten Fachsemester für das Wintersemester 1995/96	1152
	12. 11. 1995	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen in höheren Fachsemestern an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester 1995/96	1160

12

**Verordnung
zur Bestimmung der lebens- oder
verteidigungswichtigen Einrichtungen**

Vom 3. November 1995

Aufgrund des § 2 Satz 4 des Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Landes Nordrhein-Westfalen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz Nordrhein-Westfalen – SÜG NW –) vom 7. März 1995 (GV. NW. S. 210) wird im Einvernehmen mit dem Innenminister verordnet:

Artikel I

Lebens- oder verteidigungswichtige Einrichtungen im Geschäftsbereich des Justizministers des Landes Nordrhein-Westfalen sind

1. die Justizvollzugsanstalten des geschlossenen und des offenen Vollzuges,
2. die Abschiebungshaftanstalten und
3. das Justizvollzugskrankenhaus in Fröndenberg.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 10. Oktober 1995 in Kraft.

Düsseldorf, den 3. November 1995

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Dr. Behrens

– GV. NW. 1995 S. 1148.

2125

**Verordnung
zur Änderung der Ausbildungs- und
Prüfungsordnung für Lebensmittelchemiker
(APOL) und zur Aufhebung der Verordnung
über die Zuständigkeit für die Durchführung
des Gesetzes über die Berufsbezeichnung
„Lebensmittelchemiker“**

Vom 13. November 1995

Aufgrund des § 3 und des § 4 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“ vom 7. März 1978 (GV. NW. S. 88), geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 370), wird im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung verordnet:

Artikel 1

**Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für Lebensmittelchemiker**

1. Die Überschrift über die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelchemiker (APOL) vom 27. April 1978 (GV. NW. S. 210) erhält folgende Fassung:
„Verordnung über die Durchführung des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“ (LMChVO)“.
2. § 3 Abs. 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(1) Die praktische Ausbildung nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 findet nach dem Bestehen der Ersten staatlichen Prüfung an dem Chemischen Landes- und Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt statt. Sie beträgt 12 Monate. Eine praktische Ausbildung in einer chemischen Untersuchungsstelle der Bundeswehr wird in vollem Umfang auf diese Ausbildungszeit angerechnet.“

3. § 3 Abs. 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(2) Soweit das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt die praktische Ausbildung nicht selbst durchführt, kann es die Praktikanten im Rahmen seiner Ausbildungszuständigkeit

1. einem anderen öffentlichen Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsamt,
2. bis zu vier Monaten
 - a) der Lebensmittelwirtschaft,
 - b) einem Handelslabor,
 - c) einem Hochschullabor oder
 - d) einer sonstigen Forschungseinrichtung und
3. bis zu zwei Monaten
 - a) einer für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Behörde,
 - b) einem Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt,
 - c) einer Bezirksregierung,
 - d) dem Landesumweltamt oder
 - e) einem Staatlichen Umweltamt

zuweisen. Zur Sicherstellung einer gleichwertigen Ausbildung schließt es in diesen Fällen Vereinbarungen über die Ausbildungsstätte, den Ausbildungsort, die Ausbildungsinhalte und die Ausbildungsqualifikation der für die Ausbildung verantwortlichen Person ab.“

4. § 3 Abs. 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(3) Während der praktischen Ausbildung sollen die im vorhergehenden Studium erworbenen lebensmittelchemischen Kenntnisse vertieft, erweitert und praktisch angewendet werden. Zur Ausbildung gehören sämtliche lebensmittelchemischen und lebensmittelrechtlichen Aufgaben. Die Ausbildung muß in der Regel von einem Lebensmittelchemiker geleitet werden. Der Praktikant hat seine Arbeitskraft zu ganztägiger Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Er darf nicht zu Tätigkeiten herangezogen werden, die seine Ausbildung nicht fördern.“

5. § 3 Abs. 4 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(4) Die praktische Ausbildung kann bis zu insgesamt 30 Ausbildungstagen unterbrochen werden. Bei längeren Unterbrechungszeiten entscheidet der Vorsitzende der Prüfungskommission über eine ggf. erforderliche, angemessene Verlängerung der Ausbildung.“

6. Nach § 3 Abs. 4 wird folgender Absatz angefügt:

„(5) Der Praktikant erhält über die jeweilige Ausbildung eine Bescheinigung nach dem Muster der Anlage 5 dieser Verordnung. Dies gilt nicht für den Zeitraum des praktischen Teils der Zweiten staatlichen Prüfung.“

7. In § 4 Abs. 2 Satz 3 werden die Wörter „beim Chemischen Landesuntersuchungsamt“ durch die Wörter „beim Chemischen Landes- und Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt“ ersetzt.

8. § 7 Abs. 5 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. die Nachweise über die praktische Ausbildung nach § 3 Abs. 5.“

9. § 10 Abs. 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(2) Der praktische Teil der Zweiten staatlichen Prüfung der Lebensmittelchemiker findet im letzten Monat des Praktikums in einem öffentlichen Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsamt statt. Danach erfolgt die mündliche Prüfung vor der Prüfungskommission für die Zweite staatliche Prüfung.“

10. In § 17 Abs. 2 wird Satz 2 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„§ 16 Abs. 3 Satz 1 bis 6 gilt entsprechend; die Berichte sind im Untersuchungsamt während einer zusammenhängenden Bearbeitungszeit von bis zu

acht Stunden unter Ausschluß fremder oder unzulässiger Hilfe zu erstellen und dem Prüfer oder dessen Beauftragten spätestens bis zum Ablauf dieser Frist zu übergeben. Die Berichte zum ersten und zweiten Prüfungsfach sind in der für die amtliche Lebensmittelüberwachung erforderlichen Form abzufassen.“

11. Im Vierten Abschnitt werden an die Überschrift „Schlußbestimmungen“ die Wörter „und Zuständigkeiten“ angefügt.

12. Nach § 18 wird folgender § 18a eingefügt:

„§ 18a
Zuständigkeiten

(1) Zuständig im Sinne des § 3 des Gesetzes über die Berufsbezeichnung ‚Lebensmittelchemiker‘ ist

1. für die Erteilung der Erlaubnis nach § 2 des Gesetzes die Bezirksregierung,
2. für die Einstellung der Praktikanten die Bezirksregierung Münster auf Vorschlag des Chemischen Landes- und Staatlichen Veterinäruntersuchungsamtes.

(2) Örtlich zuständig nach Absatz 1 Nr. 1 ist die Bezirksregierung, in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz hat oder, wenn eine Zuständigkeit danach nicht gegeben ist, seinen Wohnsitz begründen will oder, wenn eine Zuständigkeit auch danach nicht gegeben ist, zuletzt seinen Wohnsitz gehabt hat. Ist eine Zuständigkeit auch danach nicht gegeben, so ist die Bezirksregierung Düsseldorf zuständig.“

13. Anlage 5 erhält die Fassung der Anlage dieser Verordnung.
Anlage

Artikel 2

Verordnung

über die Zuständigkeit für die Durchführung des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“

Die Verordnung über die Zuständigkeit für die Durchführung des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“ vom 11. April 1978 (GV. NW. S. 206) wird hiermit aufgehoben.

Artikel 3

Übergangsvorschrift

Für das Praktikum, das vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung bereits begonnen wurde, gelten abweichend von Artikel 1 und 2 die bisherigen Vorschriften.

Artikel 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1995 in Kraft.

Düsseldorf, den 13. November 1995

Die Ministerin
für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Bärbel Höhn

Anlage**„Anlage 5
(zu § 3 Abs. 5)****Bescheinigung über die praktische Ausbildung**

Herr/Frau

geboren am in

ist in der Zeit vom bis

nach § 3 Abs. 2 Nr. Buchstabe der Verordnung über die Durchführung des Gesetzes
über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker (LMChVO)“ unter meiner Aufsicht
und meiner Anleitung praktisch ausgebildet worden. Er/Sie hat in dieser Zeit ganztägig
mitgearbeitet.

Die Ausbildung ist nicht/an insgesamt Ausbildungstagen unterbrochen worden.

.....
(Ort) (Datum)(Siegel oder Stempel)
(Bezeichnung der Ausbildungsstätte).....
(Unterschrift der für die Ausbildung verantwortlichen Person)“

7822

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung
zur Durchführung des Gesetzes
über forstliches Saat- und Pflanzgut
im Lande Nordrhein-Westfalen**

Vom 7. November 1995

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut im Lande Nordrhein-Westfalen vom 16. Juli 1986 (GV. NW. S. 584) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Worte „der Wald- oder Baumbesitzer“ durch die Worte „der Wald- oder Baumbesitzerinnen und -besitzer“ ersetzt.
2. In § 2 werden die Worte „des Wald- oder Baumbesitzers oder des sonstigen Nutzungsberechtigten“ durch die Worte „der Wald- oder Baumbesitzerinnen und -besitzer oder der sonstigen Nutzungsberechtigten“ ersetzt.
3. In § 3 werden die Worte „vom Wald- oder Baumbesitzer oder seinem Beauftragten“ durch die Worte „von den Wald- oder Baumbesitzerinnen und -besitzern oder deren Beauftragten“ ersetzt.
4. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

Zuständige Behörden und Stellen nach dem Gesetz über forstliches Saat- und Pflanzgut sind:

1. Das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft für Mitteilungen
 - der Standortbeschreibungen und ihrer Änderungen nach § 7 Abs. 2 und
 - der Registereintragungen und ihrer Änderungen nach § 9 Abs. 2
 an das Bundesministerium,
2. der Direktor der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragter für
 - die Zulassung von Ausgangsmaterial für die Gewinnung von Vermehrungsgut nach § 8 Abs. 1,
 - die Eintragungen in das Erntezulassungs- und Baumzuchtregister nach § 9 Abs. 1 Satz 1,
 - die Gestattung, statt der Kontrollbücher andere entsprechende Unterlagen zu führen, nach § 19 Abs. 1 Satz 3,
3. das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd für
 - die Entgegennahme einer Durchschrift des Begleitscheines nach § 10 Abs. 2 Satz 2,
 - die Entgegennahme von Mitteilungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 2,
 - die Vorführung von Sendungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 3,
 - die Entgegennahme der Anzeige über die Aufnahme oder Beendigung des Betriebes von Forstsaamen- und Forstpflanzenbetrieben nach § 18 Abs. 1,
 - die Überprüfung der technischen Einrichtungen über die ordnungsgemäße Aufbereitung von Saatgut oder die Anzucht von Pflanzgut nach § 18 Abs. 3,
 - die Untersagung der Fortführung von Forstsaamen- oder Forstpflanzenbetrieben sowie die Aufhebung des Verbotes nach § 18 Abs. 4,
 - die Entgegennahme der Meldungen über die Erzeugung, die Vorräte, den Eingang, die Vorratsveränderungen und den Ausgang von Vermehrungsgut nach § 19 Abs. 3 Satz 1,
 - die Überwachung der Durchführung des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut sowie der dazu erlassenen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften nach § 20 Abs. 1, 3 und 4,
 - die Erteilung amtlicher Zeugnisse über die Herkunft oder Identität von Vermehrungsgut zum Zwecke der Ausfuhr nach § 21 Satz 1,

4. die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten/Landesamt für Agrarordnung für die Beschreibung der Standorte, an denen Vergleichsprüfungen für die Zulassung von Ausgangsmaterial für die Gewinnung von geprüfem Vermehrungsgut durchgeführt wurden, nach § 7 Abs. 1 Satz 1.“

5. In § 6 werden die Worte „des Wald- oder Baumbesitzers oder des sonstigen Nutzungsberechtigten“ durch die Worte „der Wald- oder Baumbesitzerinnen und -besitzer oder der sonstigen Nutzungsberechtigten“ ersetzt.
6. In § 7 werden die Worte „den Direktor der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragten“ durch die Worte „das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd“ ersetzt.
7. In § 8 werden die Worte „den Minister“ durch die Worte „das Ministerium“ ersetzt.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Die Verordnung wird erlassen

- a) von der Landesregierung aufgrund des § 5 Abs. 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1994 (GV. NW. S. 1114), insoweit nach Anhörung des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz des Landtags, sowie des § 22 des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1979 (BGBl. I S. 1242), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. August 1994 (BGBl. I S. 2018), und des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3186);
- b) vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen aufgrund des § 10 Abs. 4 des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut in Verbindung mit § 8 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut im Lande Nordrhein-Westfalen vom 16. Juli 1986 (GV. NW. S. 584).

Düsseldorf, den 7. November 1995

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Johannes Rau

(L. S.)

Die Ministerin für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft
Bärbel Höhn

- GV. NW. 1995 S. 1151.

**Bekanntmachung
der Genehmigung der Änderungen
des Gebietsentwicklungsplanes
für den Regierungsbezirk Detmold**

- a) 2. Änderung des Teilabschnittes Oberbereich Paderborn,
 - b) 6. Änderung des Teilabschnittes Lippe,
 - c) 7. Änderung des Teilabschnittes Bielefeld/Gütersloh
- Darstellung des Truppenübungsplatzes Senne als Bereich für den Schutz der Natur -

Vom 2. November 1995

Der Bezirksplanungsrat des Regierungsbezirks Detmold hat in seiner Sitzung am 15. Mai 1995 die Aufstellung der Änderungen des Gebietsentwicklungsplanes für

den Regierungsbezirk Detmold

- a) 2. Änderung des Teilabschnittes Oberbereich Paderborn,
- b) 6. Änderung des Teilabschnittes Lippe und
- c) 7. Änderung des Teilabschnittes Bielefeld/Gütersloh – Darstellung des Truppenübungsplatzes Senne als Bereich für den Schutz der Natur – beschlossen.

Diese Änderungen habe ich mit Erlaß vom 13. Oktober 1995 – VI B 1 – 60.36.07 – gemäß § 16 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juni 1994 (GV. NW. S. 474) im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministerien genehmigt. Gemäß § 16 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes werden die in den Änderungen der Gebietsentwicklungspläne enthaltenen Darstellungen mit der Bekanntmachung der Genehmigung Ziele der Raumordnung und Landesplanung.

Die Änderungen des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitte Oberbereich Paderborn, Lippe und Bielefeld/Gütersloh werden beim Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (Landesplanungsbehörde) in Düsseldorf, bei der Bezirksregierung Detmold (Bezirksplanungsbehörde), bei den Oberkreisdirektoren der Kreise Höxter, Paderborn, Lippe und Gütersloh sowie bei allen Städten und Gemeinden, auf deren Bereich sich die Planung erstreckt, zur Einsicht für jedermann niedergelegt.

Die Bekanntmachung der Genehmigung der Gebietsentwicklungsplan-Änderungen im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen erfolgt nach § 16 Abs. 2 Satz 1 des Landesplanungsgesetzes.

Gemäß § 17 des Landesplanungsgesetzes weise ich auf folgendes hin:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften bei der Erarbeitung und Aufstellung der Änderungen des Gebietsentwicklungsplanes ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung bei der Bezirksregierung Detmold (Bezirksplanungsbehörde) geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes oder deren Bekanntmachung verletzt worden sind.

Düsseldorf, den 2. November 1995

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
Adamowitsch

– GV. NW. 1995 S. 1151.

**Bekanntmachung
der Genehmigung der 23. Änderung
des Gebietsentwicklungsplanes
für den Regierungsbezirk Köln,
Teilabschnitt Kreise Düren, Euskirchen,
Heinsberg (Konversion des Militärflughafens
Wegberg-Wildenrath mit Streichung
der Lärmschutzgebiete)**

Vom 6. November 1995

Der Bezirksplanungsrat des Regierungsbezirks Köln hat in seiner Sitzung vom 15. September 1995 die Aufstellung der 23. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg (Konversion des Militärflughafens Wegberg-Wildenrath mit Streichung der Lärmschutzgebiete) beschlossen.

Diese Änderung habe ich mit Erlaß vom 18. Oktober 1995 – VI B 1 – 60.71.21 – gemäß § 16 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung

vom 29. Juni 1994 (GV. NW. S. 474) im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministerien genehmigt. Gemäß § 16 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes werden die in der Änderung des Gebietsentwicklungsplanes enthaltenen Darstellungen mit der Bekanntmachung der Genehmigung Ziele der Raumordnung und Landesplanung.

Die 23. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, wird beim Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (Landesplanungsbehörde) in Düsseldorf, bei der Bezirksregierung Köln (Bezirksplanungsbehörde), beim Oberkreisdirektor des Kreises Heinsberg und bei allen Städten und Gemeinden, auf deren Bereich sich die Planung erstreckt, zur Einsicht für jedermann niedergelegt.

Die Bekanntmachung der Genehmigung der Änderung des Gebietsentwicklungsplanes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen erfolgt nach § 16 Abs. 2 Satz 1 des Landesplanungsgesetzes.

Gemäß § 17 des Landesplanungsgesetzes weise ich auf folgendes hin:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften bei der Erarbeitung und Aufstellung der Änderung des Gebietsentwicklungsplanes ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung bei der Bezirksregierung Köln (Bezirksplanungsbehörde) geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes oder deren Bekanntmachung verletzt worden sind.

Düsseldorf, den 6. November 1995

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
Adamowitsch

– GV. NW. 1995 S. 1152.

**Zweite Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die Festsetzung von Zulassungszahlen
und die Vergabe von Studienplätzen
im ersten Fachsemester
für das Wintersemester 1995/96**

Vom 10. November 1995

Aufgrund des § 10 Abs. 2 und des § 11 des Zweiten Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsgesetz NW – HZG NW) vom 11. Mai 1993 (GV. NW. S. 204), geändert durch Artikel V des Gesetzes vom 6. Juli 1993 (GV. NW. S. 476), wird verordnet:

Artikel I

Die Anlagen zur Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen im ersten Fachsemester für das Wintersemester 1995/96 vom 25. Juni 1995 (GV. NW. S. 600), geändert durch Verordnung vom 23. August 1995 (GV. NW. S. 973), werden durch die Anlagen zu dieser Verordnung ersetzt.

Anlagen

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juni 1995 in Kraft.

Düsseldorf, den 10. November 1995

Die Ministerin
für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Anke Brunn

Anlage 1 zur Verordnung vom 10. November 1995 (GV. NW. S. 1152)

Zulassungszahlen in zentralen Verfahren

Studiengang		TH AC	Uni BI	Uni BO	Uni BN	Uni DO	U-GH- DU	Uni D	U-GH- E	Uni K	DSH K	Uni MS	U-GH- PB	U-GH- SI	U-GH- W
- Universitätsstudiengänge ohne Lehrämter -															
Architektur, Diplom	A	236				90									
Betriebswirtschaftslehre, Diplom	A	249	321			286		188	*379	567		377	*189	*407	
Biologie, Diplom	A	85	98	173	148			174		168		139			
Geologie, Diplom	V	34		38	76					40		33			
Haushalts- und Ernährungswissenschaft, Diplom	A				138										
International Business, Diplom	A												*80		
Kunstgeschichte, Magister - Hauptfach		31		66	44			21		48		42			
Kunstgeschichte, Magister - Nebenfach		12		52	29			6		97		30			
Lebensmittelchemie, Staatsexamen	A				10							34			* 12
Medizin, Staatsexamen	B	270		341	138			172	155	163		147			
Pharmazie, Staatsexamen	A				81			52				70			
Psychologie, Diplom	A		124	140	88			74		81		121			*23
Rechtswissenschaft, Staatsexamen	A		500	391	432			140		492		448			
Sport, Diplom	A		41	44							316				
Volkswirtschaftslehre, Diplom	A		56		235	40			*112	141		194	*46	*68	
Volkswirtschaft sozialwissenschaftl. Richtung, Diplom	A									51					
Wirtschaftsinformatik, Diplom	A								*77	92		101	*53		
Wirtschaftspädagogik, Diplom	A									75			*87		
Wirtschaftswissenschaft, Diplom	A			330			*382								*421
Zahnmedizin, Staatsexamen	B	66			24			41		54		44			
- Lehramtsstudiengänge -															
<u>Abschluß Erste Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe II</u>															
Biologie	A	33	66	64	56			51	39	95		105			
<u>Erste Staatsprüfung für das Lehramt für die Primarstufe</u>															
	A		204			188			271	287		594	193	198	173

Abkürzungen: TH = Technische Hochschule
 Uni = Universität
 U-GH- = Universität - Gesamthochschule
 DSH = Deutsche Sporthochschule

A = Auswahlverfahren
 B = Besonderes Auswahlverfahren
 V = Verteilungsverfahren
 * = integrierter Studiengang

Zulassungszahlen in zentralen Verfahren
-Fachhochschulstudiengänge -

[illegible]

Allg. Auswahlverfahren Studiengänge	FH Münster		FH Niederrhein		FH Rhein-Sieg		U-GH	U-GH	U-GH Paderborn			U-GH	U-GH	
	MS	ST	KR	MG	St.A	RH-B	DU	E	PB	HX	MES	SO	SI	W
Architektur mit Eignungsprüfung	153													
Architektur ohne Eignungsprüfung													87	
Bauingenieurwesen	150												160	
Entsorgungstechnik														
Allgemeine Informatik														
Techn. Informatik														
Ingenieurinformatik ***														
Innenarchitektur														
Landespflege								70		96				
Maschinenbau/ Fahrzeugtechnik														
Öffentl. Bibliothekswesen														
Produktdesign	14		63											
Produktdesign/ Schmuck-Design														
Sozialarbeit	34			** 67				53						
Sozialpädagogik	87			** 96				52						
Technische B W L														
Übersetzen/Dolmetschen														
Versorgungstechnik		137												
Vis.Kommunikation/ Foto/Film Design														
Vis. Kommunikation/ Grafik-Design	30		36											
Wirtschaft	156			102	30	30								
Wirtschaftsinformatik														
International Business *									20					
Lebensmittelchemie *														12
Psychologie *														47
Wirtschaftsinformatik *								77	22					
Wirtschaftswissenschaft *							165	211	139				205	186

FH = Fachhochschule

U-GH- = Universität-Gesamthochschule-

* = Integrierter Studiengang

** = Modellstudiengänge

*** : insbesondere Mikroinformatik

Anlage 3 zur Verordnung vom 10. November 1995 (GV. NW. S. 1152)

Zulassungszahlen für örtliche Zulassungsbeschränkungen

- Universitätsstudiengänge ohne Lehrämter -	TH AC	Uni BI	Uni BO	Uni BN	Uni DO	Uni D	U-GH- DU	U-GH- E	DSH K	Uni K	Uni MS	U-GH- PB	U-GH- SI	U-GH- W
Angewandte Kulturwissenschaft Magister / Prom. - Nebenfach											100			
Außerschul. Erziehungs- u. Sozialwesen, Diplom **													**58	
Baugeschichte Magister - Hauptfach	5													
- Nebenfach	10													
Bauingenieurwesen, Diplom **								**200						
Biochemie Diplom		17	60											
Deutsch als Fremdsprache Magister - Hauptfach		22												
- Nebenfach		11												
Geographie, Diplom				60						76	43			
Magister - Hauptfach				4										
Germanistik Magister - Hauptfach										129				
- Nebenfach										258				
Journalistik , Diplom					* 52									
Kommunikationstechnologie - Druck, Diplom **														**60
Kommunikationswissenschaft Magister - Hauptfach								91						
- Nebenfach								14						
Landschaftsökologie, Diplom											76			
Lebensmitteltechnologie, Diplom				20										
Medienplanung, Medienentwicklung Medienberatung , Diplom **													**47	
Medienwissenschaft Magister - Nebenfach						103								
Ökologie, Diplom **								** 40						
Ökonomie / sozialwiss. Richtung , Diplom					30									
Pädagogik, Diplom Magister - Hauptfach										70	100			
- Nebenfach										20	10			
										40	50			

Studiengang	TH AC	Uni BI	Uni BO	Uni BN	Unj DO	Uni D	U-GH- DU	U-GH- E	DSH K	Uni K	Uni MS	U-GH- PB	U-GH- SI	U-GH- W
Psychologie, Magister / Prom. - Hauptfach										5				
- Nebenfach		45	43	39		35				20	30			
Publizistik, Magister / Prom. - Hauptfach			48								95			
- Nebenfach			21								95			
Raumplanung, Diplom					158									
Regionalwiss. Nordamerika Magister / Prom. - Hauptfach				30										
Sozialwissenschaften, Diplom **							** 270							
Politologie Magister / Prom. - Hauptfach				77						87				
- Nebenfach										87				
Soziologie Magister / Prom. - Hauptfach				36						46				
- Nebenfach										76				
Theaterwissenschaft, Magister / Prom. - Hauptfach			92							42				
- Nebenfach			58							85				
Völkerkunde, Magister / Prom. - Hauptfach										24				
- Nebenfach										47				
Volkswirtschaftslehre Magister - Nebenfach										42				

Ergänzungsstudiengang Erziehungswissenschaft, Planung und Beratung im Sozialwesen, Diplom								60						
---	--	--	--	--	--	--	--	----	--	--	--	--	--	--

- Lehramtsstudiengänge -														
<u>für das Lehramt für die Sekundarstufe II</u>														
Deutsch					65					121				
Geographie				24							32			
Kommunikationstechnologie - Druck / berufliche Fachrichtung														20
Pädagogik										20	40			
Sonderpädagogik					3									
Sozialwissenschaften				27						44				
Sport									144					
Türkisch								84						
Wirtschaftswissenschaft										43				
<u>für das Lehramt für die Sekundarstufe I</u>														
Deutsch					101					78				
Sport									25					
Sonderpädagogik SP					144									

* : 11 zusätzliche Studienanfänger bei nachgewiesenem Volontariat.

** : integrierter Studiengang

Abkürzung: Uni = Universität
 U-GH- = Universität-Gesamthochschule
 DSH = Deutsche Sporthochschule
 TH = Technische Hochschule

Studiengang	FH AC	FH BI	FH BO	FH DO	FH D	FH DU	U-GH- E	FH Gelsenkirchen GE RE	FH Köln K GM	Mark. FH HA	FH Lippe LEM DT	FH Münster MS ST	FH Niederrhein KR MG	U-GH- PB HX	U-GH- SI	U-GH- W
Kommunikationstechnologie - Druck *																80
Lebensmitteltechnologie											96					
Mechatronik			70													
Medienplanung, Medienentwicklung, Medienberatung *															15	
Ökologie *							10									
Pflegepädagogik		18														
Pflegemanagement												30				
Physikalische Technik								50								
Produktdesign		8														
Produktdesign / Mode-Design		17														
Vis. Kommunikation/Foto-/Film-Design		34														
Vis. Kommunikation/Grafik Design		38														
Produktionstechnik									59				30			
Sozialwissenschaften *							135								96	
Technischer Umweltschutz																
Textil- und Bekleidungstechnik / Bekleidungstechnik / Textiltechnik													188 120			
Verbundstudiengang Technische BW Versicherungswesen			26							54						
Wirtschaftsingenieurwesen								40		51			30			
Zusatzstudiengang Versicherungswesen									60							
Weiterbildender Studiengang Wirtschaft für Ingenieure in mittelständigen Betrieben der Haustechnik									30							
Zusatzstudiengang Wirtschaftsingenieurwesen		56	31	70									30			

Abkürzungen: U-GH = Universität-Gesamthochschule FH = Fachhochschule
 * : integrierter Studiengang

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die Festsetzung von Zulassungszahlen
und die Vergabe von Studienplätzen
in höheren Fachsemestern an den Hochschulen
des Landes Nordrhein-Westfalen
zum Wintersemester 1995/96**

Vom 12. November 1995

Aufgrund des § 8, des § 10 Abs. 2 und des § 11 Nr. 2 des Zweiten Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsgesetz NW – HZG NW) vom 11. Mai 1993 (GV. NW. S. 204), geändert durch Artikel V des Gesetzes vom 6. Juli 1993 (GV. NW. S. 476), wird verordnet:

Artikel I

Die Anlage zu der Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen in höheren Fachsemestern an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester 1995/96 vom 24. August 1995 (GV. NW. S. 976), wird durch

Anlage die Anlage zu dieser Verordnung ersetzt.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juni 1995 in Kraft.

Düsseldorf, den 12. November 1995

Die Ministerin
für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Anke Brunn

Zahl der Studienplätze in höheren Fachsemestern gemäß der Verordnung vom 12. November 1995 (GV. NW. S. 1160)

I. Studiengänge an Wissenschaftlichen Hochschulen

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluß	Fach- semester	TH AC	UNI BI	UNI BO	UNI BN	UNI D	UGH E	UNI K	UNI MS	UGH DU	UGH PB	UGH SI
Architektur	(Diplom)	3.	229										
		5.	222										
		7.	215										
Betriebswirtschaft	(Diplom)	2.	88						261	186			
		3.	230				185		525	349			
		4.					182		241	172			
		5.					179		485	322			
		6.							223	159			
		7.							449	298			
		8.							206	147			
		9.					176		414	276			
Biochemie	(Diplom)	3.		17									
Biologie	(Diplom)	3.		88					152				
		5.							138				
		7.							125				
		9.							113				
		5.-9.		214									
Biologie	(LA S II)	3.		65					88				
		5.							82				
Deutsch	(LA S I)	2.							32R				
		3.							51R				
		4.							21R				
		5.							34R				
		6.							14R				
Deutsch als Fremdsprache	(Magister, Hauptfach)	2.		9									
International Business Studies (integriert)	(Diplom)	3.										94	
		5.										88	
Kunstgeschichte	(Magister, Hauptfach)	3.							44				
	(Magister, Nebenfach)	3.							89				
Landschaftsökologie	(Diplom)	3.								76			
Lebensmittelchemie	(Staatsexamen)	2.				10							
		3.				9							
		4.				9							
		5.				9							
		6.				9							
Lehramt Primarstufe	(Staatsexamen)	2.							100R				
		3.							239R				
		4.							83R				
		5.							198R				
		6.							69R				
Medienwissenschaft	(Magister, Nebenfach)	3.					77						
		5.					57R						
		7.					42R						
		9.					30R						
Medienplanung, Medienent- wicklung, Medienberatung (integriert)	(Diplom)	3.											61
Medizin/Vorklinischer Teil	(Staatsexamen)	5.											60
		7.											59
Medizin/ Klinischer Teil	(Staatsexamen)	2.				135	171		159	146			
		3.	263		328	133	172	152	156	147			
		4.				130	171		152	146			
		1.	167			108	120	188	134	126			
		2.	72			107	120	91	133	126			
		3.	167		232	108	120	180	134	126			
		4.	72			107	120	87	133	126			
		5.-6.	239		232	215	240	257	267	252			

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluß	Fach- semester	TH AC	UNI BI	UNI BO	UNI BN	UNI D	UGH E	UNI K	UNI MS	UGH DU	UGH PB	UGH SI
Ökologie	(Diplom)	3. 5.						50 50					
Ökonomie/Wirtschafts- wissenschaft	(Diplom)	2.-4.			570								
Pädagogik	(Diplom)	2. 3. 4. 5.							27R 57R 22R 46R				
Pharmazie	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 6. 7. 8.				78 78 76 75 73 73 70	50 49 47 47 46 44 42			68 69 67 68 66 66 65			
Psychologie	(Diplom)	3. 5. 7. 9. 5.-8. 5.-9.		114 288	131 238	88	66		81 81 81 81	115			
Psychologie	(Magister, Hauptfach)	3. 5. 7. 9.							5 5 5 5				
	(Magister, Nebenfach)	3. 5. 7. 9.					30 25 22 18R		20 20 20 20				
Rechtswissenschaft	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 7.		97	178 337 154	212 405 199	140 140 140		230R 455R 212R	182			
Sozialwissenschaft (integriert)	(Diplom)	3.								353			
Theater-, Film- u. Fernseh- wissenschaft	(Magister, Hauptfach)	3.							39R				
	(Magister, Nebenfach)	3.							79R				
Völkerkunde	(Magister, Hauptfach)	3.							22R				
	(Magister, Nebenfach)	3.							44R				
Volkswirtschaft	(Diplom)	2. 3.							69 140				
Volkswirtschaft sozial- wissenschaftl. Richtung	(Diplom)	2. 3.							27 46				
Wirtschaftsinformatik	(Diplom)	3. 5. 7.							86 80 74				
Wirtschaftspädagogik	(Diplom)	2. 3.							37 75				
Zahnmedizin	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10.		66 66 66 66		24 24 23 23 23 23 22 22 22	41 41 41 41		52 49 47 45	43 44 43 44 43 44 43 44 43			

R : Die Aufnahme von Studenten ist auf Rückmelder beschränkt.

II. Fachhochschulstudiengänge

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluß	Fachse- mester	UGH Essen	UGH Paderborn Abt. Höxter	FH Bochum	FH Dortmund	FH Düsseldorf	FH Köln	FH Lippe Abt. Detmold	FH Münster	FH Krefeld Abt. MG
Allgemeine Informatik	(Diplom)	3. 5. 7.				54 54 54					
Architektur	(Diplom)	3. 5. 7.				133 133 133		181 181	58 58		
Bauingenieurwesen	(Diplom)	3. 5.			138 138						
Bekleidungstechnik	(Diplom)	3.									188
Film/Fernsehen	(Diplom)	3. 5.				20 20					
Landespflege	(Diplom)	3. 5. 7.	70 70	96 96 96							
Maschinenbau/Fahrzeugtechnik	(Diplom)	3.						120			
Maschinenbau-Fertigungs-/ Konstruktionstechnik	(Diplom)	3. 5.						146 126			
Pflegemanagement	(Diplom)	3.								30	
Produktionstechnik	(Diplom)	3. 5.						58 59			30
Sozialarbeit	(Diplom)	3. 4. 5. 6. 7.				143 141 138		87 85 84 83			61 55 49
Sozialpädagogik	(Diplom)	3. 5. 7.						248 220			92 88 84
Technische Informatik	(Diplom)	3. 5. 7.				58 58 57					
Technischer Umweltschutz	(Diplom)	3. 5.		93 91							
Übersetzen/Dolmetschen	(Diplom)	3. 5.						240 225			
Wirtschaft	(Diplom)	2. 3. 4. 5. 6. 7.				110 110 110 110 110 110	96 97 96	167 165 160		52 154 51	45 97 43 93 41
Wirtschaftsinformatik	(Diplom)	3. 5.				73 73					
Wirtschaftsingenieurwesen (Zusatzstudium)	(Diplom)	3.				70					

Einzelpreis dieser Nummer 6,60 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/238 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 57,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 114,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-5359